

FDP Borkum begrüßt Volksinitiative des DEHOGA

Liberalisierung des Nichtraucherschutzgesetzes

Borkum - Die angelaufene Volksinitiative des DEHOGA Niedersachsen zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes ist beim Vorstand der Borkumer FDP auf große Zustimmung gestoßen. „Wir unterstützen den DEHOGA in seinen Bemühungen, das Nichtraucherschutzgesetz zu liberalisieren. Grundsätzlich stehen wir hinter dem Gesetz zum Schutz der Nichtraucher. Es darf aber nicht sein, dass einzelne Betriebe so sehr eingeschränkt werden, dass deren Existenzen gefährdet sind“, heißt es aus dem Vorstand der Borkumer Liberalen.“ Die Volksinitiative, die bis zum 26. November 2008 läuft und insgesamt 70.000 Unterschriften benötigt, sieht folgende Änderungen vor: 1) Einraumgaststättenbetreiber, die keine Möglichkeit zur Einrichtung eines Raucherraumes haben (so genannte Eckkneipen), sollen das Recht erhalten, für ihre Einrichtung selber zu entscheiden, ob sie ihren Gästen das Rauchen in der Gaststätte erlauben oder untersagen. 2) Bei der Durchführung von geschlossenen Veranstaltungen (zum Beispiel Familienfeiern) soll der Veranstalter das freie Selbstbestimmungsrecht erhalten, ob er in dem abgeschlossenen und separaten Raum seiner Veranstaltung das Rauchen erlaubt oder untersagt. 3) Festsäle, die gerade im ländlichen Bereich häufig an Dorfgaststätten angegliedert sind, sollen als Rauchernebenräume bei Veranstaltungen deklariert werden können. „Säle“ sind nach der augenblicklichen Auslegung des Gesetzes nicht Nebenraum. Da es sich um eine Volksinitiative in Bezug auf ein Landesgesetz handelt, darf diese nur von in Niedersachsen wahlberechtigt gemeldeten Bürgern unterzeichnet werden. Die Unterschriftenlisten sollen bis zum Jahresende auf Borkum verteilt sein und sind unter anderem beim Vorsitzenden der Borkumer FDP, Fokke Schmidt jr. (Telefon 04922/3080) zu erhalten. „Wir setzen auf den liberalen Gedanken und das Selbstbestimmungsrecht und fordern unsere Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag, die den restriktiven Gesetzentwurf mit verabschiedet haben auf, bei einer erneuten Beratung des Gesetzes, die Forderung des DEHOGA zu unterstützen“, so der FDP Vorsitzende Fokke Schmidt jr.